

Antrag P13: Den Grundkonsens erneuern. Für eine feministische LINKE

Antragsteller*in:

BAG LISA, Kreisvorstand Freiburg, weitere

Der Parteitag möge beschließen:

1 „Anfang des 19. Jahrhunderts erstarkte die Frauenbewegung. Sie kämpfte für die
2 politische, ökonomische, soziale und kulturelle Gleichberechtigung der Frauen und für
3 eine Veränderung der Geschlechterverhältnisse auch im Privaten. Wir beziehen uns auf
4 politische Theorien der Frauenbewegung und des Feminismus, die die Kritik an allen
5 Herrschaftsverhältnissen, die Frauen unterdrücken und benachteiligen, in den
6 Mittelpunkt stellen und weltweit die Durchsetzung der Menschenrechte für die Frauen
7 und die Abschaffung jedweder Diskriminierung aufgrund des Geschlechts fordern.“
8 (Erfurter Programm, Kapitel „Woher wir kommen, wer wir sind“, verabschiedet 2011 mit
9 96,9 Prozent der Stimmen auf dem Parteitag und mit 95,8 Prozent im
10 Mitgliederentscheid.)

11 DIE LINKE versteht sich als feministische Partei. Viele Feminist*innen organisieren
12 sich genau deshalb in der LINKEN und feministische Themen sind prägend für unsere
13 politische Arbeit.

14 Für uns steht fest: Sexualisierte Gewalt und sexistische Strukturen haben in unserer
15 Partei keinen Platz.

16 Leider kann kein Gesellschaftsbereich von sich behaupten, frei von Sexismus zu sein:
17 Er kommt vor im Sport, in der Kultur, in der Politik, im Bildungswesen, am
18 Arbeitsplatz, auf der Straße, im Privaten und im Club. Jeder einzelne dieser Bereiche
19 ist gefragt, Strukturen zu schaffen, die Übergriffe verhindern und Betroffene
20 schützen. Sexismus ist in der LINKEN nicht stärker, als im Rest der Gesellschaft,
21 auch wenn es gerade so erscheinen mag.

22 Als linke Partei mit einem erklärten feministischen Selbstverständnis sind wir jedoch
23 mehr als andere herausgefordert sowohl für eine feministische Organisationskultur
24 nach innen als auch für die Überwindung von patriarchalen Machtverhältnissen in der
25 Gesamtgesellschaft einzutreten. Beides ist Teil unseres Kampfes für eine bessere und
26 gerechtere Gesellschaft. Wir verändern uns, um die Gesellschaft zu verändern.

27 **Gründliche Aufarbeitung**

28 Im April dieses Jahres haben wir eine mediale Debatte über Fälle von sexistischen
29 Übergriffen und Machtmissbrauch in unserer Partei erlebt. Es war gut, dass der
30 Jugendverband das ausgesprochen hat. Für eine Partei mit feministischem Anspruch sind
31 wir auf Fälle sexualisierter Gewalt zu schlecht vorbereitet, das muss ehrlich und
32 selbstkritisch festgestellt werden. Der Aufschrei hat gezeigt, dass wir dringend
33 handeln müssen. Wenn Fälle von sexueller Belästigung, Machtmissbrauch und
34 sexualisierter Gewalt auftreten, müssen diese unabhängig aufgearbeitet werden, am
35 besten mit Hilfe einer externen Begleitung mit professioneller Expertise. Die
36 Betroffenen müssen ernst genommen, geschützt und ihnen muss zugehört werden. Der
37 Parteivorstand hat hierfür erste konsequente Schritte beschlossen, wie etwa einen
38 Pool externer Expert*innen, an die Betroffene schnell und unkompliziert vermittelt
39 werden können. Diese richtigen Schritte müssen jetzt konsequent weiterverfolgt
40 werden.

41 In Aufarbeitungsprozessen sollten auch unsere Genossen Verantwortung übernehmen, denn
42 die Aufklärung und Bekämpfung von Sexismus und sexualisierter Gewalt kann nicht auf
43 Frauen, nicht-binäre, trans-, intergeschlechtliche und queere Menschen abgewälzt
44 werden. Wir alle sind verantwortlich.

45 **Klare, verbindliche Leitfäden/Protokolle**

46 Um richtig zu handeln, ist es wichtig zu differenzieren: zwischen Sexismus oder
47 sexistischen Belästigungen und zwischen sexualisierter Gewalt, Nötigung oder
48 Vergewaltigung. Für alle sind Machtgefälle und Machtmissbrauch eine Grundlage, aber
49 es bestehen zwischen Taten graduelle Unterschiede, die unterschiedliches Handeln
50 verlangen. Für jeden spezifischen Fall brauchen wir verbindliche und klare Leitfäden
51 und Verfahrensweisen, die jeweils in Gang gesetzt werden, mit denen wir 1. sorgsam
52 und respektvoll handeln, 2. Betroffene schützen und 3. gleichzeitig die Rechte aller
53 Beteiligten gewährleisten können. Die Unschuldsvermutung ist ein hohes Gut, diese
54 darf nicht gegen die Glaubwürdigkeit der Betroffenen eingesetzt werden. Solche
55 Leitfäden würden auch das parteiliche Umfeld, das mit einem Fall umgehen muss, aus
56 der Ohnmacht holen.

57 Wir brauchen nachhaltige, vertrauensvolle Strukturen, die Betroffenen nicht re-
58 viktimisieren, sondern es ihnen ermöglichen, ohne Ohnmacht und Scham (wieder)
59 Handelnde zu werden. Wir brauchen Strukturen, die sexuelle Belästigung und Übergriffe
60 eindämmen und langfristig auflaufen lassen. Wir brauchen konkrete Arbeit an
61 Machtstrukturen, die den Boden für Sexismus und sexualisierte Gewalt bereiten. Wir
62 müssen an die Wurzeln des Problems.

63 **Kontinuierlicher Prozess transformativer Gerechtigkeit**

64 Feministinnen in der LINKEN fordern seit langem, dass DIE LINKE eine Partei sein
65 muss, in der Frauen und queere Menschen sich willkommen fühlen, eine Partei, in der
66 sexistisches Verhalten nicht hingegenommen oder unter den Teppich gekehrt wird und in
67 der alle dafür die Verantwortung übernehmen. Wir wollen, dass sich bei uns alle
68 engagieren können, in einer solidarischen Kultur des Umgangs. Wo patriarchale
69 Unkulturen auftreten, wollen wir sie überwinden. In der Partei und in der
70 Gesellschaft.

71 In der öffentlich geführten Diskussion ab April sind viele Verletzungen entstanden,
72 sie war für viele Mitglieder der Partei sehr schmerzhaft. Sie hat aber auch in aller
73 Dringlichkeit aufgezeigt, dass wir handeln müssen. Wir wollen die aufgebrochene
74 Diskussion als Chance wenden, für einen echten feministischen und solidarischen
75 Aufbruch in der LINKEN als Teil der Erneuerung der Partei zu streiten, die unser
76 gemeinsames Anliegen ist. Das sind wir auch den Wählerinnen, Sympathisantinnen und
77 Frauen in diesem Land schuldig: DIE LINKE muss als politische Kraft wieder auf die
78 Beine kommen!

79 Wir sind überzeugt davon, dass die programmatischen Bekenntnisse zu einer
80 feministischen Linken von der überwiegenden Mehrheit der Mitglieder und
81 Mandatsträger*innen geteilt werden. Daran, sie im Alltag selbstverständliche Praxis
82 werden zu lassen, müssen wir gemeinsam arbeiten.

83 Sexualisierte Gewalt gedeiht in einer entsprechenden Kultur, in der Machthierarchien
84 aufrechterhalten, ausgenutzt und missbraucht werden.

85 Sie ist Bestandteil einer misogynen Kultur, in der Frauen abgewertet werden – und es
86 ihnen nahe gelegt wird, andere Frauen abzuwerten, um von männlich geprägten
87 Machtnetzwerken zu profitieren. Sexismus und Gewalt wachsen in einer Kultur, in der
88 Menschen schweigen und vertuschen, weil sie negative Außenwirkung fürchten, weil es
89 ihnen nützt, dass die Zustände so bleiben, wie sie sind und in der diejenigen, die
90 aufbegehren, als Störenfriede und Nestbeschmutzer*innen dargestellt werden. Wir
91 wollen, dass hingeschaut wird, dass zugehört wird, dass Machtgefälle reflektiert und
92 kollektiv kritisch bearbeitet werden.

93 Uns geht es dabei um einen gemeinsamen kollektiven Lernprozess. Eine feministische
94 Organisationskultur lässt sich nicht durch Beschlüsse herbeiführen, sondern erfordert
95 auf Dauer angelegte Anstrengungen von uns allen auf allen Ebenen der Parteiarbeit.

96 Wir wollen, dass in einer solidarischen Kultur Grenzen deutlich gemacht werden können

97 und respektiert werden. Wir wollen eine solidarische, eine feministische LINKE, denn
98 unsere Partei wurde als eine feministische gegründet.
99 Diesen Grundkonsens müssen wir ständig erneuern.

100 **Wir schlagen konkret für die Bundesebene und die Landesverbände vor:**

- 101 • Die Einrichtung von den Parteihierarchien unabhängiger Ombudspersonen/-Gruppen
102 mit eigenem Budget als Anlaufstellen bei sexistischer Belästigungen und
103 Übergriffen im Zusammenhang mit der Partei. In jedem Fall müssen die
104 Ansprechpersonen dafür bezahlte Schulungen erhalten.
- 105 • Weiterführung und Ausbau des Expert*innenpools, den der Parteivorstand bereits
106 begonnen hat, zur Aufklärung von Vorfällen und zur konkreten Unterstützung
107 Betroffener.
- 108 • Einsetzung einer feministischen Kommission bestehend aus Expert*innen innerhalb
109 und außerhalb der Partei, die verbindliche Leitfäden/Protokolle für Fälle von
110 Sexismus, sexualisierter Belästigung und Gewalt in ihren verschiedenen Formen
111 erarbeiten soll, wie sie in vielen anderen Linksparteien auf der Welt bereits
112 existieren und angewendet werden. Diese Protokolle sollen spätestens in einem
113 Jahr durch einen Parteitag beschlossen werden.
- 114 • Diese Leitfäden/Protokolle sollen mindestens enthalten:
 - 115 1. Arbeit mit den Betroffenen, die sie ernst nimmt und eine Re-Viktimisierung
116 verhindert.
 - 117 2. Auseinandersetzung mit der Person, die eines Übergriffs beschuldigt wird, um
118 eine Möglichkeit der Weiterentwicklung zu geben.
 - 119 3. Arbeit in der Partei durch spezifische Reflexionsrunden und Fortbildungen für
120 die Mitglieder betroffener Strukturen.
 - 121 4. Kollektive Verantwortung für die Gewährleistung der Persönlichkeitsrechte
122 aller Personen in diesem Prozess.
- 123 • Maßnahmen zur Überwindung einer patriarchalen Kultur, die Sexismus und
124 sexualisierte Gewalt ermöglichen, und für die Herausbildung einer aktiven,
125 solidarischen Parteikultur, in der Fälle von Sexismus und Machtmissbrauch
126 bearbeitet werden können.
- 127 • Awarenessstrukturen bei Veranstaltungen mit klar definierten Aufgabenbereichen,
128 die Vertrauen genießen.
- 129 • Kontinuierliche Beschäftigung der Genossen mit Feminismus und Sensibilisierung
130 für diese Themen (zB gut vorbereitete Männerplena als Pendant zu Frauenplena).
- 131 • Verpflichtende Seminare/ Weiterbildung zur Sensibilisierung für
132 Sexismus/sexualisierte Gewalt für Mandatsträger und Personen in leitender
133 Funktion.
- 134 • Verpflichtende Bildungsangebote in ausreichendem Umfang für die Kreis- und
135 Ortsverbände zu Feminismus, Sexismus und Misogynie und feministischer Arbeit in
136 den Landesverbänden und auf Bundesebene.
- 137 • In den Parlamenten sollten sich Abgeordnete dafür einsetzen, dass für
138 Mitarbeitende der Fraktionen, der Abgeordneten und der Verwaltung unabhängige,
139 fraktionsübergreifende Beschwerde- und Beratungsstellen geschaffen werden.
- 140 • Anstehende Strukturreformen müssen mit dem Ziel eines Abbaus von Hierarchien
141 durchgeführt werden.
- 142 • All diese Elemente müssen bedarfsgerecht ausfinanziert werden. Dafür sind die
143 Landesverbände zuständig. Finanzstärkere Verbände unterstützen hierbei
144 finanzschwächere. Notfalls springt der Bundesverband ein.

Begründung

Ergibt sich aus dem Antrag.

weitere Antragsteller*innen

LAG Feminismus Hamburg, Feministische AG des KVs Frankfurt am Main, AG Feminismus München, Landesrat LINKE Frauen Niedersachsen, Basisorganisation Schalotte Berlin, Elisabeth Kula (Fraktionsvorsitzende Hessen, KV Wiesbaden), Friederike Emole-Bozukluhan (Kreisverband Mitte-Ost Bremen), Ingrid Jost (BAG LiSA), Margarita Kavali (Geschäftsführung SDS, KV Nürnberg), Kathrin Flach Gomez (Landessprecherin Bayern, KV Nürnberg), Caren Lay (MdB, Bautzen), Tim Dreyer (KV Darmstadt), Edith Bartelmus-Scholich (Landesvorstand DIE LINKE. NRW, AKL), Kim Sophie Bohnen (KV Heidelberg), Franky Hund (KV Heidelberg), Nathalie Steinert (LINKE.SDS), Hannah Harhues (LINKE.SDS), Anna Damoune (Südbaden), Vinzenz Glaser (Südbaden), Akhnaten Nketia (Südbaden), Britta Höpken (Ersatzdelegierte Südbaden, KV Freiburg), Bettina Gutperl (PV, Bezirk Berlin Mitte), Daphne Weber (PV, KV Lüneburg), Maja Tegler (PV, KV Bremen-Nord/West), Sabine Skubsch (PV, KV Karlsruhe), Nina Eumann (Landessprecherin NRW, KV Mülheim Ruhr), Cansu Özdemir (Co-Fraktionsvorsitzende Hamburgische Bürgerschaft), Cornelia Möhring (MdB, Plön), Kathrin Vogler (MdB, Steinfurt), Anke Domscheit-Berg (MdB, KV Oberhavel), Martina Renner (MdB, KV Erfurt), Claudia Engelmann (MdA Berlin), Sofia Leonidakis (Abgeordnete Bremische Bürgerschaft), Kristin Lange (KV Hagen), Tanja Hilton (LaVo Baden-Württemberg, KV Mannheim), Diana Partel (KV Heidelberg/Bad. Bergstraße, Ortssprecherin für Heidelberg), Anna Voswinckel (BV Berlin-Charlottenburg), Fabian Dickmeis, Frederike-Sophie Gronde-Brunner, Linus Hagemann, Sophia Kannowsky, Johannes Kolleck, Johanna Riedel, Niklas Schenker, Tarek Shukrallah, Stephan Truninger, Anne Zetsche (alle BO Schalotte Berlin), Lisa Glasner (KV Heidelberg), Ida Paul (KV Bochum), Helene Füllgraf (BAG Lisa, München), Alex Wischnewski (Bezirk Berlin Neukölln), Martha Kleedörfer (Bezirksvorsitzende Berlin Mitte), Annegret Gabelin (BV Lichtenberg), Anke Maurer (BAG Lisa), Ayşe Fehimli (BAG Lisa), Heide Hepach (KV Bielefeld), Martina van Holst (KV Frankfurt Main), Christiana Klose (KV Frankfurt Main), Charlotte Schmitz (KV Bremen-Links der Weser), Jens Hurling (KV Bremen-Links der Weser), Anna Fischer (KV Bremen-Mitte/Ost), Sofia Heuser (KV Bremen-Nord/West), Sahra Mirow (KV Heidelberg/Bad. Bergstraße), Josephine Taucher (LAG LiSA Bayern), Gabriele Ungers (LAG LiSA Saarland), Christine Hein (LAG LiSA Saarland), Lewia Gerlinger (LLF NDS), Vivienne Widawski (LLF NDS), Barbara Fried (Bezirk Pankow), Magda Albrecht (Friedrichshain-Kreuzberg, DIE LINKE.queer Berlin-Brandenburg), Rhia Baguley, (Landesvorstand HH, Lag Queer), Regina Jürgens (KV Bielefeld), Renate Häberle (KV Schwäbisch Hall - Hohenlohe), Alexander Hummel (KV Heidelberg), Henric Meyer (Südbaden), Stefan Claasen (Südbaden), Gabriel Kotzur (Kreissprecher KV Freiburg), Friedrich Dunkel (KV Freiburg)